



Sparda-Bank Hamburg eG
Geschäftsbericht 2017



Das Vorstandsteam der Sparda-Bank Hamburg eG (v.l.): Tino Wildmann, Vorsitzender Oliver Pöpplau, Stephan Liesegang

Unsere Genossenschaft: gemeinsam neue Potenziale heben

Die Bilanz 2017 der Sparda-Bank Hamburg eG belegt: Unsere Gemeinschaft, unser Geschäftsmodell ist zukunftsfähig – trotz der steigenden regulatorischen Anforderungen und Kosten und trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase, die für uns sehr herausfordernd sind. Umso mehr freut es uns, dass das Vertrauen unserer Mitglieder in die Leistungsfähigkeit ihrer Genossenschaft so nachhaltig ist. Das zeigt etwa die Stärkung unseres Eigenkapitals durch die hohe Nachfrage nach zusätzlichen Genossenschaftsanteilen.

Wie wichtig dieses Vertrauen und unsere feste Verankerung in der Region sind, dokumentieren die Geschäftszahlen für 2017, über die wir auf den nachfolgenden Seiten informieren. Besonders erfreulich hat sich das Baufinanzierungsgeschäft entwickelt. Und

wir sind stolz darauf, dass die Sparda-Banken als „Fairster Baufinanzierer“ ausgezeichnet wurden. Ebenso erfolgreich waren wir in der Vergabe von Privatkrediten an unsere Mitglieder und Kunden. Unsere Stärke ist die Ausrichtung unserer Beratungskompetenz und unserer Finanzlösungen an deren Wünschen. Das bestätigt eine weitere Auszeichnung: Bereits zum 25. Mal in Folge hat die Gruppe der Sparda-Banken die zufriedensten Kunden. Das war und ist ohne den Einsatz unserer hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht möglich. Ihnen sei hier ausdrücklich dafür gedankt.

Wir freuen uns darauf, die Zukunft unserer Genossenschaft gemeinsam mit ihnen und unseren genossenschaftlichen Kooperationspartnern weiter erfolgreich zu gestalten.

Oliver Pöpplau

Tino Wildmann

Stephan Liesegang

Geschäftsbericht 2017

Inhalt

Rechnungslegung 2017

Lagebericht 2017	4
Bericht des Aufsichtsrates	11
Jahresabschluss 2017	12
Vorschlag für die Ergebnisverwendung	21
Bestätigungsvermerk	25

Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt im Jahr 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2% zu und expandierte damit noch etwas stärker als im Jahr 2016 (+1,9%). Insgesamt erfuhr das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP im bisherigen Verlauf des Aufschwungs und auch im Jahr 2017 von Quartal zu Quartal nur relativ geringe Schwankungen.

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen im Jahr 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7% ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Verbraucherpreise erfuhren 2017 von der Tendenz her zunächst eine Berg- und dann eine Talfahrt. Zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate zeitweise um über 2%. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreistrückergangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann aber Faktoren wie die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8% zu, nachdem sie 2016 um 0,5% gestiegen waren. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0% und der Einlagensatz mit -0,4% im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleihekaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Programs (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. EUR. Der EZB-Rat verlängerte das Ankaufprogramm bis zum Ende des Jahres, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Mrd. EUR. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. EUR.

Die Sparda-Banken behaupten sich im Wettbewerb

Die Sparda-Banken haben sich im Jahr 2017 weiterhin erfolgreich am Markt behauptet. Trotz der unverändert anhaltenden Niedrigzinsphase und der weiterhin steigenden regulatorischen Anforderungen, die für die Sparda-Banken mit ihrem eindeutigen Fokus auf Privatkunden ganz besonders das Geschäft beeinflussen, ist es gelungen, die guten Zahlen des vergangenen Bilanzjahres weitgehend zu bestätigen.

Die zusammengefasste Bilanzsumme überschreitet erstmals die Marke von 70 Mrd. EUR und liegt jetzt bei 71,2 Mrd. EUR (+3,3%). Die durch das Niedrigzinsumfeld verursachten Rückgänge im Zinsüberschuss konnten durch ein besseres Provisions- und Bewertungsergebnis kompensiert werden. Damit gelang ein fast stabiles Betriebsergebnis. Der Jahresüberschuss liegt mit 110,2 Mio. EUR um 6,4% unter dem Vorjahr.

Im vergangenen Geschäftsjahr legten die Sparda-Banken sowohl bei den Kundenkrediten als auch den Kundeneinlagen zu. Die Kundenkredite stiegen um 1,2% auf 42,1 (Vorjahr: 41,6) Mrd. EUR, was in erster Linie auch im Jahr 2017 auf einer guten Nachfrage nach Baufinanzierungen fußt. Die Kundeneinlagen wuchsen sogar um 4,0% auf 62,6 (Vorjahr: 60,2) Mrd. EUR. Aufgrund der Zuwächse verlängerte sich die Bilanzsumme aller Sparda-Banken um 3,3% auf 71,2 (Vorjahr: 68,9) Mrd. EUR.

Das Geschäft mit der Vermittlung von Investmentfonds hat in diesem Jahr immens zugenommen. Nachdem im letzten Jahr eine kleine „Delle“ zu verzeichnen war, vermittelten die Sparda-Banken im Jahr 2017 Fonds in Höhe von insgesamt 1,754 Mrd. EUR und damit satte 22,5% mehr als im Vorjahr (1,431 Mrd. EUR).

Das Vermittlungsgeschäft mit Bausparverträgen und Versicherungen war auch 2017 weiter rückläufig. Die Sparda-Banken haben Bausparverträge in einem Volumen von insgesamt 1,944 Mrd. EUR vermittelt und damit 11,0% weniger als im Vorjahr (2,184 Mrd. EUR). Im Versicherungsgeschäft mit der DEVK Versicherung lag das Versicherungsvolumen bei 637 (Vorjahr: 804) Mio. EUR. Das entspricht einem Rückgang von 20,7%.

Der Zinsüberschuss sank wie im Vorjahr aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus leicht. Er lag bei 985 (Vorjahr: 1.027) Mio. EUR und war damit um 4,1% rückläufig. Ein wiederum erfreuliches Ergebnis gab es beim Provisionsüberschuss, der um 11,7% auf 228,3 (Vorjahr: 204,4) Mio. EUR stieg. Der Verwaltungsaufwand stieg um 1,5% auf 845,7 (Vorjahr: 833,5) Mio. EUR. Der Jahresüberschuss nach Steuern lag bei 110,2 (Vorjahr: 117,7) Mio. EUR und sank damit um 6,4%.

Die Mitgliederzahl lag auch im Jahr 2017 bei über 3,6 Mio., die Zahl der Kunden nach wie vor über 4,2 Mio. Die Zahl der Filialen ging leicht von 417 auf 405 zurück. Damit nahm auch die Mitarbeiterzahl ab; sie sank um 123 auf insgesamt 6.225 Mitarbeiter.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme stieg um 6,9% bzw. 244,8 Mio. EUR (Vorjahr: 5,5% bzw. 185,3 Mio. EUR) auf 3.786,9 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kunden gestiegen

Trotz anhaltender Niedrigzinsphase haben die Mitglieder ihr Sparverhalten auch 2017 erhöht. Es entstand ein Plus von 6,9% bzw. 211,5 Mio. EUR auf 3,291 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,5% bzw. 131,8 Mio. EUR).

Wachstum der kurzfristigen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10,6% bzw. 226,8 Mio. EUR auf 2.363,3 Mio. EUR. Die Wachstumstreiber waren die unverzinslichen Sichteinlagen sowie SpardaCash.

Spareinlagen weiterhin rückläufig

Die Spareinlagen sind 2017 leicht um insgesamt 2,0 Mio. EUR gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr (-36,9 Mio. EUR) hat sich der Rückgang deutlich verlangsamt. Speziell die Anlagen in Sparkonten mit fester Zinsbindung waren rückläufig. Deutliche Zuwächse gab es beim klassischen Sparbuch SpardaPlus, das um 42,1 Mio. EUR bzw. 7,1% auf 633,0 Mio. EUR stieg.

Kreditgeschäft erneut ausgebaut

Die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,8% bzw. 120,2 Mio. EUR auf 1.897,4 Mio. EUR (Vorjahr: 5,3% oder 89,1 Mio. EUR). Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 456,5 Mio. EUR (Vorjahr: 434,0 Mio. EUR).

Nur leichte Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag reduzierte sich leicht auf 50,0% (Vorjahr: 50,1%). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen eine planmäßige Steigerung bei den Baukrediten, während die Dispositionskredite und die Persönlichen Kredite leicht zurückgingen.

Kreditart:	31.12.2017	31.12.2016
Dispositionskredite	1,6%	1,9%
Persönliche Kredite	9,8%	10,9%
Baukredite und Sonstige	88,4%	86,9%
Rückgriffsforderungen	0,2%	0,2%

Das Kreditportfolio setzt sich im Wesentlichen aus Krediten an Privatkunden zusammen.

Günstige Fördermittel für Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2017 13,3 Mio. EUR Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 6,6 Mio. EUR von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein sowie 43,4 Mio. EUR im Rahmen der Riestertförderung an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt.

Private Kredite leicht gesunken

Die Kontokorrentkredite reduzierten sich deutlich um 11,9% bzw. 4,0 Mio. EUR auf 29,8 Mio. EUR. Auch die Bestände der Privaten Kredite konnten trotz des guten Neugeschäfts aus den Sommer- und Winterkreditwochen nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Sie reduzierten sich um 4,3% bzw. 8,4 Mio. EUR auf 186,0 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich erhöht

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 9,2% oder 19,3 Mio. EUR auf 229,0 Mio. EUR.

Eigenanlagen leicht gestiegen

Die Eigenanlagen stiegen auch 2017, da der Zuwachs der Kundeneinlagen erneut nicht vollständig im Kreditgeschäft platziert werden konnte. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen erhöhte sich um 7,2% oder 125,3 Mio. EUR auf 1.856,6 Mio. EUR. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 39,6% (Vorjahr: 42,3%) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen.

Die Wertpapierkategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapierkategorie	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	710,4	731,6
UIN Fonds NR. 741 (Renten)	650,2	622,3
Publikumsfonds AV	28,8	28,6
Publikumsfonds UV	108,4	116,2
Gesamt	1.497,8	1.498,7

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Kundenwertpapiergeschäft

Wertpapierumsätze über GENO Broker

Das Kundenwertpapiergeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wurde auf die GENO Broker GmbH umgestellt und besteht somit nicht mehr.

Fondsbestände der Kunden erneut gestiegen

Der Nettozufluss stieg auf 42,0 Mio. EUR (Vorjahr: 23,7 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen stieg der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2017 um 65,7 Mio. EUR auf 654,1 Mio. EUR.

Vermitteltes Versicherungsvolumen leicht gestiegen

Im Jahr 2017 betrug das Vermittlungsvolumen 69,4 Mio. EUR (Vorjahr: 63,1 Mio. EUR). Damit konnte das Vorjahresergebnis leicht gesteigert werden. Bei einer Vermittlung von 3.747 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 3.155) an die DEVK konnte die Anzahl der Versicherungen ebenfalls gesteigert werden. Daneben wurden für die Mitglieder im Bereich der Sachversicherungen weitere 6.251 Verträge (Vorjahr: 7.831 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen leicht gesunken

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall blieb 2017 durch den Weggang einiger Mitarbeiter der Bausparkasse nahezu auf Vorjahresniveau. Das vermittelte Volumen sank leicht um 0,9% auf 127,3 Mio. EUR (Vorjahr: -32,5% auf 128,4 Mio. EUR).

Mitgliederbestand leicht gefallen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich um netto 5.837 oder 2,4% (Vorjahr: -2,3%) auf 235.159. Den 5.454 Beitritten standen 11.291 Abgänge gegenüber. Die Mitglieder hielten am Jahresende 1.201.551 Anteile (Vorjahr: 1.057.619).

Neukundenzuwachs leicht reduziert

Im Jahr 2017 haben sich 5.633 neue Kunden (Vorjahr: 7.055) für ein Konto bei der Sparda-Bank Hamburg entschieden. Auch im Jahr 2017 wurden nur Maßnahmen zur Neukundengewinnung im Aktivgeschäft durchgeführt. Die natürliche Fluktuationsrate war höher als die Zahl der Zugänge, sodass die Zahl der Kunden insgesamt um rund 8.600 auf mehr als 297.000 Kunden gesunken ist.

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter ist mit 288,5 Vollzeit- und 126,0 Teilzeitkräften sowie 18,8 Auszubildenden im Jahr 2017 gesunken. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 41,5 Jahren, wobei 60% der Belegschaft weiblich und 40% männlich sind. Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Insgesamt wurden mit 1.499 Seminarteilnehmer tagen auf weiterhin hohem Niveau Weiterbildungsveranstaltungen besucht. Statistisch besuchte ein Mitarbeiter 3,9 Schulungstage im Jahr 2017. Mit 445 TEUR wurde das Budget für Schulungsmaßnahmen besonders effizient eingesetzt.

Unsere Führungskräfte können – neben Führungskräfteausbildungen und Förderpools – in sogenannten Trainingscamps unter Begleitung eines externen Trainers ihre Führungsfähigkeiten trainieren und sich weiterentwickeln. Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2017 lag im Aus- und Weiterbildungsbereich erneut auf dem Thema „Anlegerschutz“. Auch im Jahr 2017 wurde unsere Qualifizierungsoffensive zum Thema Baufinanzierung fortgesetzt. Ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden hierbei auf die besonderen Anforderungen an die Baufinanzierungsberatung systematisch vorbereitet und weitergebildet. Damit schaffen wir sehr gute Voraussetzungen, um unseren Mitgliedern eine optimale und an den individuellen Bedürfnissen orientierte Baufinanzierungsberatung bieten zu können. Im Jahr 2017 haben wir insgesamt fünf erfolgreichen Bankfachwirtabsolventen die Kosten des Studiums erstattet.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2017 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen deutlich um 13,8% oder 7,9 Mio. EUR auf 64,7 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Bilanzgewinn um 4,8% oder 5,9 Mio. EUR auf 128,8 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich der vorgesehenen Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2017) erhöhte sich um 6,2% oder 11,5 Mio. EUR auf 197,1 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende reduzierte sich leicht (Vorjahr: 5,24%) auf 5,21%.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,12%.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel-Anforderungen wurden im gesamten Jahr 2017 erfüllt. Zum 31.12. 2017 lag der Wert der haftenden Eigenmittel bei 17,6%.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2017 die Möglichkeit einer Verpflichtung von bis zu 4,8 Mio. EUR verbunden.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Bilanzgewinn durch Reservebildung gesunken

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Zinsüberschuss	51.944	55.915	-3.971
Provisionsüberschuss	17.159	15.247	1.913
Personalaufwand	27.264	27.797	-533
Andere Verwaltungsaufwendungen	29.629	30.479	-850
Sonstige GuV-Positionen	720	-2.177	2.896
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.930	10.709	2.221
ao Ergebnis	0	0	0
Steuern	5.128	4.199	929
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	3.300	0	3.300
Bilanzgewinn	4.502	6.510	-2.008

Der Zinsüberschuss reduzierte sich auch 2017 infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase um 4,0 Mio. EUR auf 51,9 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss stieg um 1,9 Mio. EUR auf 17,2 Mio. EUR. Der Personalaufwand reduzierte sich um 0,5 Mio. EUR, während die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen ebenfalls sanken. Der Bilanzgewinn reduzierte sich durch die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken auf 4,5 Mio. EUR.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Die Ertragslage der Bank konnte weiter gefestigt werden, und die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und -Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine langfristige Absicherung der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank nicht übersteigen. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestandes („Going-Concern“). Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostrategie dokumentiert. Die Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG erfolgt unter Berücksichtigung der drei Dimensionen: ertragsorientierter Steuerungskreis, barwertiger Steuerungskreis und aufsichtsrechtlicher Steuerungskreis. Ziel ist die primäre Steuerung der Sparda-Bank Hamburg eG nach ertragsorientierten Größen, unterstützt durch die barwertige Risikotragfähigkeit. Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit stellt eine Nebenbedingung dar, die streng einzuhalten ist. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und

der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken beinhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf.

Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P) und Moody's Investor Service zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P). Die teilweise negativen Effektivverzinsungen an den Kapitalmärkten erschweren es den Banken immer mehr, kostendeckende Renditen zu erwirtschaften. Die sehr hohe Marktliquidität infolge des Wertpapierankaufprogramms der EZB führte aber dazu, dass aufgrund der daraus resultierenden hohen Nachfrage eingegangene Adressrisiken nicht mehr mit angemessenen Renditen vergütet werden.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften weiter intensiviert. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorenbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrechtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zu Ungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsrisiken, Abschreibungsrisiken, Aktienkursrisiken und Immobilienpreisrisiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Dies ist vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Kreditrisiken im Kundengeschäft vertretbar. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mit Hilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener Zinsprognosen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird darüber hinaus auch barwertig auf der Grundlage der modernen historischen Simulation dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird. Im Rahmen des ertragsorientierten (GuV-Sicht) und barwertigen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risiko-

limite definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimites wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominell 109,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von -7.083 TEUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Durch die Finanzmarktkrise ist der Aspekt der Liquiditätssicherstellung in den Vordergrund gerückt. Daneben sind höhere Refinanzierungskosten ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätseingängen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätseingängen über die DZ Bank AG erfolgen kann. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadendatenbank geführt. Ergänzt durch regelmäßige Risikomeetings mit den Risikoverantwortlichen werden die einzelnen Risiken auf angemessene Bewertung und Behandlung geprüft und Maßnahmen zur Reduktion initiiert. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revisionen und Dienstabweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Qualitätsmanagement ist zentral organisiert, ebenso das Beschwerdemanagement für eskalierende Vorgänge. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller

Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das Beteiligungsrisiko, das Vertriebsrisiko, das Kostenrisiko und das strategische Risiko zusammengefasst. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank eingegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können. Das Vertriebsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. Das Kostenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Personal- und Sachkosten die geplanten Werte überschreiten. Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. Das Modellrisiko beschreibt das Risiko, dass sich die zur Ermittlung der Risiken herangezogenen Modelle als nicht ausreichend oder falsch erweisen. Es umfasst auch die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank aufgrund fehlerhafter oder falscher Modelle. Alle sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein. Währungsrisiken, Optionsrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken und Modellrisiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft.

Risikobewertung

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Die Limitierung dieser ermittelten Risiken stellt eine Weiterführung des Geschäftsbetriebs („Going-Concern“) für den Fall des maximal eintretenden Risikos sicher.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Sparda-Bank Hamburg überprüft im Rahmen ihres Strategieprozesses regelmäßig ihr Geschäftsmodell und wird dieses – falls erforderlich – anpassen. Im Rahmen ihrer kontinuierlichen Weiterentwicklung verfolgt die Bank folgende drei wesentliche strategische Ziele:

- Nummer 1 in der Mitgliederzufriedenheit zu sein,
- Sicherstellung nachhaltiger Wirtschaftlichkeit im Mitgliedergeschäft sowie
- Nummer 1 in der Mitarbeiteridentifikation und Mitarbeiterqualität zu sein.

Im Laufe des Jahres 2018 werden diese Zielformulierungen sowie die daraus abgeleiteten Strategieelemente gesondert überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die nachhaltige Wirtschaftlichkeit im Mitgliedergeschäft wird unter anderem durch eine kostenschonende und fokussierte Neukundengenerierung durch Kredite und Geldanlagen sowie eine aktive Bestandskundenbearbeitung sichergestellt. Es wird daher wieder ein konstantes, ggf. leicht rückgängiges Mitgliederwachstum sowie eine Verbesserung bei der Gehaltsquote der Girokunden erwartet. Die Themenmitgliedschaft Sparda Horizont, mit der die Genossenschaft eine Vorreiterrolle einnimmt, wird im Rahmen des kontinuierlichen Produktmanagements überprüft und ggf. modifiziert oder weiter ausgebaut. Durch eine Intensivierung der bestehenden Mitgliederverbindungen wird, wie im Jahr 2017 bereits geplant und erreicht, eine Steigerung der Erträge aus dem Bestandsmitgliedergeschäft angestrebt. Die aktive Einbindung der Leistungen der Sparda Immobilien GmbH schafft zusätzlichen Nutzen für unsere Mitglieder und stärkt die Wirtschaftlichkeit der Bank.

Die im Branchenvergleich sehr hohe Kunden- und Mitgliederzufriedenheit wird die Bank durch ihr aktives Zufriedenheitsmanagement intensiv weiterentwickeln. Aus den durch die Mitarbeiter erfassten Mitgliederimpulsen sowie den regelmäßigen Zufriedenheitsbefragungen werden die eigenen Stärken sowie die möglichen Unzufriedenheitstreiber analysiert, geprüft und wirtschaftlich sinnvolle Produkt-/Service- sowie Prozessverbesserungen umgesetzt. Dies zählt ebenfalls positiv auf die nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Bank ein.

Neben der Weiterentwicklung unseres sicheren Mobile- und Online-Banking wird unser Internetauftritt komplett überarbei-

tet und mit neuer IT-Infrastruktur und neuer Software zahlreiche Verbesserungen und neue Funktionalitäten ermöglichen. Als Genossenschaftsbank arbeiten wir sowohl wirtschaftlich sowie sozial nachhaltig und unterstützen unsere Region durch vielfältige Angebote und Aktionen. Wir streben an, unser hohes soziales Nachhaltigkeitslevel zu halten. Unser Anspruch an uns selbst, noch umweltfreundlicher zu arbeiten, haben wir im Rahmen unserer Klimastrategie formuliert und werden die geplanten Maßnahmen im Laufe des Jahres umsetzen. Den im Vorjahr angekündigten CSR-/Nachhaltigkeitsbericht – welchen wir auf freiwilliger Basis umsetzen würden – verschieben wir, bis sich ein zeit- und kosteneffizienter Berichtsstandard nach der Einführung der CSR-Berichtspflicht etabliert hat. Unsere dadurch freiwerdende Energie und Motivation werden wir im Jahr 2018 damit erneut in zahlreiche soziale sowie ökologische Projekte und Maßnahmen in und für unsere Region investieren.

Robustes Konjunktur-Wachstum wird anhalten, aber aufkeimender Protektionismus könnte belasten

Die deutsche Konjunktur läuft weiter unter hoher Auslastung, dies könnte noch bis weit in das Jahr 2019 anhalten. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird für 2018 auf ca. 2,5 % geschätzt. 2019 dürfte es nur geringfügig weniger sein. Doch gibt es Unsicherheiten, insbesondere könnte mit der Erhebung von Importzöllen in den USA ein sich selbst verstärkender Prozess in Gang gesetzt werden, der den Welthandel negativ beeinflusst.

Die EZB wird zwar voraussichtlich Ende des Jahres keine Nettokäufe von Anleihen mehr tätigen, dennoch wird die Inflation unter der Zielmarke von 2 % bleiben. Das Zinsniveau bleibt weiterhin auf niedrigem Niveau, könnte im Mittel- und Langfristbereich im Jahresverlauf aber etwas steigen. Das Zinsumfeld bleibt also für Kreditnehmer sehr günstig, für Sparer belastend und für die Bank eine Herausforderung.

Die Bank setzt sich Ziele – insbesondere im Kredit- und Vermittlungsgeschäft

Die hohen Immobilienpreise, insbesondere in Ballungszentren, sind nicht nur eine Folge des Niedrigzinsniveaus. Sie zeigen auch, wie stark der Wohlstand in den letzten Jahren zugelegt hat und wie hoch das Potenzial für Bankdienstleistungen ist. Vertriebliches Hauptziel bleibt weiterhin das Kreditgeschäft, es soll netto in den nächsten 3 Jahren um jeweils 6 % wachsen.

Der Zinsüberschuss wird 2018 in etwa konstant bleiben, wenn das geplante Kreditwachstum und unsere Zinsprognose leicht steigender Mittel- und Langfristzinsen eintritt.

Mit dem Kontensparen können Einleger kaum noch Renditen erzielen. Da die Bank durch den Verzicht auf Negativzinsen selbst negative Margen einführt, ist es im Interesse von Kunde und Bank, das Provisionsgeschäft, insbesondere die Vermittlung von Investmentfonds, zu forcieren. Eine Steigerung des Provisionsüberschusses um knapp 1 Mio. auf 18 Mio. EUR halten wir für realistisch.

Kostenkonsolidierung weiterhin notwendig – Investitionen in die Digitalisierung aber auch

Wir erwarten in den nächsten Jahren nur leicht steigende Personalkosten. Der Nutzung von Fluktuationen stehen aber die Tarifsteigerungen gegenüber. Die Sachaufwendungen werden trotz internem Kostenmanagement insgesamt steigen. Dafür verantwortlich werden hauptsächlich die Rechenzentrumskosten sein.

Trotz notwendiger Konsolidierungen muss die Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells sichergestellt sein. Dabei steht unter anderem die Digitalisierung im Vordergrund.

Wir gehen davon aus, im Jahr 2018 einen Jahresüberschuss nach Steuern auf Vorjahreshöhe auszuweisen.

Hamburg, den 9. Februar 2018

Der Vorstand Oliver Pöpplau, Tino Wildmann, Stephan Liesegang

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2017 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat insgesamt sieben Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss, einen Bauausschuss und einen Strategieausschuss gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgeschlagenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der Vertreterversammlung 2018 Frau Maack sowie die Herren Matthias und Molt aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 18. Mai 2018

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Peter Kuczora

AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			35.134.675,94		56.129
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			44.034.610,08		108.388
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	44.034.610,08				(108.388)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	79.169.286,02	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			269.977.488,01		57.544
b) andere Forderungen			9.545.983,13	279.523.471,14	10.528
4. Forderungen an Kunden				1.893.364.372,44	1.773.358
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.378.428.914,68				(1.219.138)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		130.365.429,39			149.572
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	130.365.429,39				(149.572)
bb) von anderen Emittenten		580.058.982,66	710.424.412,05		582.006
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	466.382.252,31				(489.904)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	710.424.412,05	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				787.466.284,46	767.079
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.918.152,74		17.931
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.476.760,00	20.394.912,74	2.167
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				511.291,88	511
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				1.467,46	2
darunter: Treuhandkredite	1.467,46				(2)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			255.851,70		200
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	255.851,70	-
12. Sachanlagen				10.623.955,86	8.974
13. Sonstige Vermögensgegenstände				4.800.293,07	7.360
14. Rechnungsabgrenzungsposten				355.086,47	308
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
17.				-	-
Summe der Aktiva			3.786.890.685,29		3.542.057

PASSIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			519.874,63		2.983
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			228.442.881,84	228.962.756,47	206.651
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		900.654.772,44			896.056
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		21.470.569,07	922.125.341,51		28.072
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.363.306.702,51			2.136.546
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.628.000,87	2.368.934.703,38	3.291.060.044,89	18.893
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-		-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				1.467,46	2
darunter: Treuhandkredite	1.467,46				(2)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.545.004,61	2.575
6. Rechnungsabgrenzungsposten				519.248,74	995
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				13.181.758,18	12.602
b) Steuerrückstellungen				-	-
c) andere Rückstellungen			10.578.396,83	23.760.155,01	11.683
8.					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten					
10. Genussrechtskapital					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				42.000.000,00	38.700
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			64.710.799,26		56.847
b) Kapitalrücklage			10.492.859,81		10.493
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		15.703.636,90			15.046
cb) andere Ergebnisrücklagen		102.633.000,00			97.403
cc) Bilanzgewinn		-	118.336.636,90		-
			4.501.712,14	198.042.008,11	6.510
Summe der Passiva			3.786.890.685,29		3.542.057

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.055.899,43		3.874
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	4.055.899,43	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			241.671.072,97	241.671.072,97	237.163
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften			-		(-)

Gewinn- und Verlustrechnung 01.01. bis 31.12.2017

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		52.213.079,85			56.814
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.797.383,79	55.010.463,64		3.100
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	167.475,25				(17)
2. Zinsaufwendungen			-10.613.511,24	44.396.952,40	-11.796
darunter: erhaltene negative Zinsen	301.226,50				(192)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			7.119.211,62		6.673
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			428.012,95		423
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	7.547.224,57	700
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					
5. Provisionserträge			23.585.387,64		22.096
6. Provisionsaufwendungen			-6.426.347,06	17.159.040,58	-6.849
7. Nettoertrag des Handelsbestandes					
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.679.003,38	4.009
9.					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-22.619.085,07			-23.149
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-4.644.884,09	-27.263.969,16		-4.648
darunter: für Altersversorgung	-787.766,49				(-731)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-27.618.940,94	-54.882.910,10	-28.033
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.010.374,08	-2.446
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-3.126.640,52	-4.673
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-858.083,20			(-813)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					
			-1.218.188,16		-2.120
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-1.218.188,16	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-614.115,74	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-614.115,74	608
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme					
18.					
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12.929.992,33	10.709
20. Außerordentliche Erträge					
21. Außerordentliche Aufwendungen					
22. Außerordentliches Ergebnis					(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-5.075.991,90		-4.143
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-52.288,29	-5.128.280,19	-56
a) Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-3.300.000,00	-
25. Jahresüberschuss				4.501.712,14	6.510
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					
				4.501.712,14	6.510
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage					
b) aus anderen Ergebnisrücklagen					
				4.501.712,14	6.510
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage					
b) in andere Ergebnisrücklagen					
				4.501.712,14	6.510
29. Bilanzgewinn				4.501.712,14	6.510

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zinsanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Ermittlung der un versteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen und wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und wie Umlaufvermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Soweit Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen. Die wie Anlagevermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari nicht durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung bzw. Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten. Wirtschaftsgüter i. S. v. § 6 Abs. 2a EStG werden im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten erfasst. Der Sammelposten wird über fünf Jahre linear aufgelöst.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag aktiviert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in der Position passiver Steuerausgleichsposten, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, sonstige Vermögensgegenstände, aktiver steuerlicher Ausgleichsposten, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger Zinsen angesetzt. Bei den Verbindlichkeiten aus abgezinnten Sparbriefen und dem SpardaErfolgsplan wurde der auf den 31.12.2017 abgezinste Wert eingestellt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinzt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Zins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden soweit erforderlich 5% und als Rententrend 2% angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für Rückstellungen aus Vorruhestandsverpflichtungen wurde ein Gehaltstrend von 2% angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Oktober 2017 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2017 (3,68%) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,81%) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.540.761 EUR. Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 7.057 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.342 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 8.691 TEUR. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Deckungsvermögen: Wertsteigerungen, Dividenden) in Höhe von 32 TEUR verrechnet. Die Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen und für Vorruhestand sowie die Altersteilzeitrückstellungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2017 gebildet. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Bei den übrigen Rückstellungen wurde vom Beibehaltungswahlrecht für Auflösungsbeträge, die bis zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden, gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2, 3, 4 EGHGB Gebrauch gemacht. Der Überdeckungsbetrag zum 31.12.2017 beträgt 111 TEUR aus Prämiensparen.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem

Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft. Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 241.671 TEUR betreffen 223.907 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	5.961.488	189.701	-	a) 1.901 b) -	6.149.288	255.852	200.402
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	15.488.368	2.833.792	-	a) - b) -	18.322.160	4.336.330	1.857.923
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	38.727.026	737.145	-	a) 825.918 b) -	38.638.253	6.287.626	7.115.965
a	60.176.882	3.760.638	-	a) 827.819 b) -	63.109.701	10.879.808	9.174.290

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Immaterielle Anlagevermögen	5.761.086	-	1.901	-	134.251	-	5.893.436
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	13.630.445	-	-	-	355.385	-	13.985.830
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	31.611.061	-	781.172	-	1.520.738	-	32.350.627
a	51.002.592	-	783.073	-	2.010.374	-	52.229.893

	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	308.794.160	30.920.883	339.715.043
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	20.097.763	297.150	20.394.913
Anteile an verbundenen Unternehmen	511.292	-	511.292
b	329.403.215	31.218.033	360.621.248
Summe a und b	389.580.097		371.501.056

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 269.221.453 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	25.095	8.368	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	46.740.123	101.821.124	494.162.149	1.234.674.068

In den Forderungen an Kunden sind 15.966.908 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 113.638.801 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	235.372	276.935	–	–

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§ 108 bis § 123 KAGB) sowie vergleichbarem EU-Investmentvermögen oder vergleichbarem ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	714.710.008	727.583.508	12.873.500	3.762.839	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Sparda Kapitalvermittlungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00	2017	4.174.609	2016	1.222.272
b) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2017	395.472	2016	0

An dem unter b) aufgeführten Unternehmen ist das Institut mittelbar durch das unter a) aufgeführte Unternehmen beteiligt.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, Hannover	0,05	2017	1.369.984.565	2017	43.002.910
b) Sparda TelefonService GmbH & Co. KG, St. Ingbert	9,82	2017	3.851.619	2017	367.969
c) Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“	0,15	2016	192.975.554	2016	42.621.335
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH, Nürnberg,	4,88	2016	828.440	2016	-54.824
e) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	6,25	2016	5.001.255	2016	1.001.255
f) DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Karlsruhe	0,43	2017	3.104.652.767	2017	84.925.425

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	710.424.412	695.447.412	14.977.000	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	110.446.392	–	110.446.392	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	–

Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	4.336.330
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	6.287.626

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Forderungen an Finanzamt	EUR	2.628.440
--------------------------	-----	-----------

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 49.876.083 EUR übertragen. Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 178.321.828 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	30.535.336	173.839.258	–	24.068.288
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	364.050	245.506	1.689.899	19.171.114
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.193.133	469.763	3.488.855	476.250

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 185.376 EUR (Vorjahr: 218.114 EUR) enthalten.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.507.245	2.236.308	–	–

Die unter Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR 62.480.259
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR 1.857.180
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR 373.360
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 393

Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	gesetzliche Rücklage EUR	andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2017	15.046.230	97.403.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	657.407	5.230.000	–
Stand 31.12.2017	15.703.637	102.633.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

1,500% Dividende auf Geschäftsguthaben	EUR	914.252,94
Gesetzliche Rücklage	EUR	452.459,20
Andere Ergebnismrücklagen	EUR	3.135.000,00
Insgesamt	EUR	4.501.712,14

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands/Angaben in TEUR:

	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	–	40.000,0	69.000,0	109.000,0	-7.083,1	1.235,0

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt. Offene Eigenhandelspositionen bestehen nicht.

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden vollständig zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	14.976.500

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 167.475 EUR negative Zinsen im Wesentlichen aus Guthaben auf Konten bei der Bundesbank und bei der DZ Bank AG enthalten. In den Zinsaufwendungen sind 301.227 EUR positive Zinsen aus Refinanzierungsgeschäften mit Kreditinstituten sowie aus Geldaufnahmen bei Kommunen und der DZ Bank AG enthalten.

E. Sonstige Angaben

Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.17 Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.741.038 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.791.049
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	459.612

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Instituts-sicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 4.789 TEUR.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	286,50	136,00
Gewerbliche Mitarbeiter	2,00	–
	288,50	136,00

Außerdem wurden durchschnittlich 18,80 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2017	240.996	1.057.619	54.996.188
Zugang 2017	5.454	186.827	9.715.004
Abgang 2017	11.291	42.895	2.230.540
Ende 2017	235.159	1.201.551	62.480.652

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	7.484.499
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	7.484.464
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	52
Max. je Mitglied	EUR	2.600

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes

Bernhard Westerhoff (Vorsitzender bis 30.09.2017, Mitglied des Vorstandes bis 31.10.2017), Bankdirektor

Oliver Pöpplau (Vertreter des Vorsitzenden bis 30.09.2017, Vorsitzender ab 01.10.2017), Bankdirektor

Tino Wildmann (ab 01.01.2017), Bankdirektor

Stephan Liesegang (ab 01.10.2017), Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Peter Kuczora (Vorsitzender), Direktionsbevollmächtigter der DEVK Versicherungen

Udo Kummerow (Vertreter des Vorsitzenden), Rentner

Gabriele Maack, Fachreferentin Personalmanagement DB Fernverkehr AG

Uwe-Jürgen Matthias, Pensionär

Frank Maur, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Hamburg

Birgit Michaelsen, Vorsitzende des besonderen Personalrates BEV Nord

Jörg-Werner Molt, Pensionär

Ernst-Otto Müller, Betriebsratsvorsitzender DB Cargo AG

Ute Plambeck, Vorstand Deutsche Bahn Netz AG

Hamburg, den 9. Februar 2018

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Oliver Pöpplau, Tino Wildmann, Stephan Liesegang

Bestätigungsvermerk und Zusammenfassende Schlussbemerkungen

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung gemäß § 340k Handelsgesetzbuch haben wir dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 der Genossenschaft unter dem Datum vom 25.05.2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers“

An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse:

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung

des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungseleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar:

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- Sachverhalt und Problemstellung
- Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 1.893 Mio. EUR. Dies entspricht 50,0 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann.

Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen

entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich

angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie

ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a.F.,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 25. Mai 2018

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1910
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

Dieter Miloschik, Leiter Unternehmens- und Markenkommunikation, Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohhouse 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Jörn Rehbein, Sarah Seyfried, Thomas Zander

Grafik:

Stefanie Liebich, Melanie Gabriel, Nina Hagen

Fotos: iStock (g-stockstudio, monkeybusinessimages, shapecharge, Westend 61); David Maupilé (S. 2)

Litho:

Allzeit Media Consult, Elbberg 6d, 22767 Hamburg

Produktion:

Druckerei Siepmann GmbH, Ruhrstraße 126, 22761 Hamburg

Anzeige
Dieser Bericht wurde auf RecyStar® Polar gedruckt. 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.



